## S 59 AS 11410/05 ER

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 18

Kategorie Beschluss

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren <u>SGG § 73 a Abs. 1; ZPO § 114;</u>

Prozesskostenhilfe im einstweiligen

Rechtsschutzverfahren;

Erstbefassungsrecht der Behörde

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 59 AS 11410/05 ER

Datum 20.12.2005

2. Instanz

Aktenzeichen L 18 B 221/06 AS PKH

Datum 28.03.2006

3. Instanz

Datum -

Auf die Beschwerde der Antragstellerin wird der Beschluss des Sozialgerichts Berlin vom 20. Dezember 2005 geĤndert. Der Antragstellerin wird für das Verfahren auf GewĤhrung einstweiligen Rechtsschutzes bei dem Sozialgericht Berlin Prozesskostenhilfe unter Beiordnung ihres VerfahrensbevollmĤchtigten gewĤhrt.

## Gründe:

Die Beschwerde der Antragstellerin, die sich nur gegen die Ablehnung von Prozesskostenhilfe (PKH) in dem angefochtenen Beschluss des Sozialgerichts (SG) gerichtet hat, ist begr $\tilde{A}^{1}$ /4ndet.

Die Antragstellerin hat einen Anspruch auf Bewilligung von PKH unter Beiordnung ihres Verfahrensbevollm $\tilde{A}$ xchtigten f $\tilde{A}$ 1/4r das Verfahren auf Gew $\tilde{A}$ xhrung einstweiligen Rechtsschutzes bei dem SG ( $\hat{A}$ § 73a Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz  $\hat{a}$  SGG  $\hat{a}$  i.V. mit den  $\hat{A}$ 9 ff. Zivilprozessordnung  $\hat{a}$ 1 ZPO -). Sie kann die Kosten der Verfahrensf $\hat{A}$ 1/4hrung nicht  $\hat{a}$ 1 auch nicht teilweise  $\hat{a}$ 1 aufbringen und

die beabsichtigte Rechtsverfolgung bot hinreichende Aussicht auf Erfolg und war auch nicht mutwillig ( $\hat{A}$ § 114 Satz 1 ZPO).

Der ZulÄxssigkeit des Rechtsschutzantrages stand entgegen der Auffassung des SG insbesondere nicht entgegen, dass die Antragsgegnerin mit dem zur gerichtlichen Prüfung gestellten Begehren zuvor nicht befasst gewesen wäre. Zum einen folgt dies schon daraus, dass die Antragsgegnerin ýber den Fortzahlungsantrag, der nach Einschäutzung des SG gar nicht gestellt worden sein soll, bereits mit Bescheid vom 5. Januar 2006 und mithin vor der â∏ ersten â∏ Abhilfeentscheidung des SG entschieden hat; das SG hAxtte dies spAxtestens bei seiner erneuten Abhilfeentscheidung vom 22. MÃxrz 2006 berücksichtigen müssen. Gerade neue Tatsachen sind im Rahmen der Abhilfeentscheidung zu beachten, worauf das Beschwerdegericht in seinem Beschluss vom 3. Februar 2006 auch ausdrÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>cklich hingewiesen hat, ohne dass das SG dem entgegen seiner Verpflichtung aus § 159 Abs. 2 SGG nachgekommen wÃxre. Darüber hinaus ergibt sich aus der Leistungsakte der Antragsgegnerin, dass die Antragstellerin diese bereits mit Schreiben vom 4. Oktober 2005 unter Hinweis auf ihre Erkrankung um FortzahlungsantrĤge fļr die Zeit ab 1. Oktober 2005 ersucht hatte. Selbst wenn nicht bereits diese Anfrage als Leistungsantrag im Sinne von § 37 SGB II anzusehen sein sollte, wofür indes das darin hinreichend zum Ausdruck kommende Leistungsbegehren spricht, hÃxtte es der Antragsgegnerin oblegen, durch eine entsprechende Rýckfrage klar zu stellen, ob eine Antragstellung beabsichtigt sei.

Von einer erneuten Zurückverweisung an das SG in entsprechender Anwendung von <u>§ 159 Abs. 1 Nr. 2 SGG</u> war aber abzusehen, weil das einstweilige Rechtsschutzverfahren bereits erledigt ist.

Eine Kostenentscheidung hat im PKH-Beschwerdeverfahren nicht zu ergehen.

Dieser Beschluss kann nicht mit der Beschwerde an das Bundessozialgericht angefochten werden ( $\hat{A}$ § 177 SGG).

Erstellt am: 19.06.2006

Zuletzt verändert am: 22.12.2024

